

## Editorial

Die Corona-Pandemie und der Regierungsentwurf des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes sind die bestimmenden Themen in der Kinder- und Jugendhilfe. Die Jugend- und Corona-Studie 2 hat rund 7.000 junge Menschen befragt. 60 Prozent gaben ihr Alter zwischen 15 und 19 Jahren an. »Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen. Mir kommt es so vor, als wäre 2020 ein Jahr der Zeitverschwendung – eine Freistunde in der Schule, bei der nichts getan wird, als nur auf den Gong zu warten, sodass die Stunde endlich zu Ende geht. Mein letztes Schuljahr kann ich nicht genießen, da viele Mitschülerinnen und Mitschüler in Quarantäne müssen und nicht anwesend sind.«

In diesem Zitat wird zum Ausdruck gebracht, was die jungen Menschen im Augenblick belastet: die Einschränkungen im Freizeitverhalten, die Kontaktreduzierung und die Anforderung, sich parallel hierzu verantwortungsbewusst zu verhalten. Die spezifischen Bedarfe spielen bei politischen Entscheidungen jedoch kaum eine Rolle. Von den jungen Menschen wird erwartet, zu funktionieren und ihre Qualifikationen für den Arbeitsmarkt zu erweitern. Sie werden in ihrer Rolle und Aufgabe reduziert auf das Schülerinnen- und Schülerdasein. Aus der ersten Studie wurde deutlich, dass sich bereits vor der Pandemie bestehende Stärken und Schwächen in der Infrastruktur für junge Menschen, zum Beispiel im Kontext Digitalisierung, verstärkt haben. Die Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen über die Gestaltung der Infektionsschutzmaßnahmen und ihrer Lockerung ist überwiegend nicht vorgesehen. Die Studie bringt auch zum Ausdruck, dass die jungen Menschen zu 45 Prozent der Aussage eher oder voll zustimmen, Angst vor der Zukunft zu haben. Weitere 23 Prozent haben zum Teil Zukunftsängste. Soziale Beziehungen und Freizeit können dahingehend betrachtet werden, dass persönliche Kontakte fehlen. Über ein Drittel der Befragten gab an, sich in der aktu-

ellen Situation einsam zu fühlen. 60 Prozent der Befragten haben den Eindruck, dass die Situation junger Menschen den Politikerinnen und Politikern nicht wichtig ist. 65 Prozent haben gesagt, dass sie eher nicht oder gar nicht den Eindruck haben, dass die jungen Menschen in der Politik gehört werden.

Dieser Eindruck, dass die jungen Menschen in der Politik nicht gehört werden und dass die Kinder- und Jugendhilfe in den aktuellen Entwicklungen kaum Berücksichtigung findet, verstärkt sich, wenn die präventiven Corona-Testungen nach der Bundestestverordnung beziehungsweise in den Bundesländern betrachtet wird. Nach Paragraph 4 der Corona-Testverordnung des Bundes ist die stationäre, teilstationäre und ambulante Kinder- und Jugendhilfe nicht in die präventive Testung einbezogen. Einige Bundesländer haben diesbezüglich Möglichkeiten geschaffen. So ermöglichen zum Beispiel Thüringen und Hamburg präventive Testungen auch für die Kinder- und Jugendhilfe und stellen entsprechendes Material zur Verfügung. Andere wiederum werden nicht aktiv und verweisen auf die Regelungspflicht des Bundes.

Diese Situation bringt zum Ausdruck, dass das, was die jungen Menschen in der Corona-Jugendstudie geäußert haben, nicht ernst genommen zu werden, auch für die Professionellen in dem Feld gilt. Diese Situation trifft auch auf die Impfmöglichkeit für die Mitarbeitenden zu. Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher im Bereich der Kindertagesbetreuung sind von der Impfstrategie nach der STIKO-Empfehlung im Rahmen der dritten Impfgruppe erfasst, die Mitarbeitenden in der stationären, teilstationären und ambulanten Kinder- und Jugendhilfe dagegen nicht. Zwei Beispiele, die verdeutlichen, dass zwar auf der einen Seite erwartet wird, dass die Mitarbeitenden in der Kinder- und Jugendhilfe 24 Stunden am Tag und an sieben Tagen die Woche präsent sind, aber wie die jungen Men-

schen eben keinen Platz an den Stellen haben, an dem die Entscheidungen für den Umgang mit der Pandemie getroffen werden.

Das andere die Diskussion beherrschende Thema ist der Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen. Dieser ist Ende Januar erstmals im Bundestag erörtert worden. An den Stellungnahmen der Fraktion wird deutlich, dass der Entwurf überwiegend nicht in Frage gestellt wird. Größtenteils besteht einhellige Zustimmung darin, dass das SGB VIII inklusiv erstmals zumindest mit zarten Ansätzen ausgestaltet wird, die selbstorganisierte Förderung der Zusammenschlüsse der Selbstvertretung und Ombudsstellen sowie die Verbesserung zum Schutz der jungen Menschen vor Gewalt sind ebenfalls begrüßenswerte Unterfangen.

Anders als im vergangenen Anlauf zur Gesetzesreform wird deutlich, dass keine grundsätzliche Kritik am Gesamtentwurf besteht, sondern im Rahmen der Ausführungen zu den Einzelregelungen Veränderungsbedarfe gesehen werden. Hierzu gehören zum Beispiel die regelhafte Vorlage des Hilfeplans in familienrechtlichen Verfahren, der Einrichtungsbegriff mit der Erfassung von Kleinsteinrichtungen, die notwendige verbindliche Festschreibung des Hilfeplans, dass die Abschaffung des Kostenbeitrages nicht gänzlich erfolgt, und die notwendigen Veränderungen im Rahmen des § 19 *Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder* mit einem Nachbetreuungsanspruch der Eltern, wenn ihre Kinder beispielsweise in Obhut genommen werden, und der Aufnahmemöglichkeit von ganzen Familien. Durch das Bundesmodellprojekt *Inklusion jetzt!* werden die Themen der Inklusion und Umsetzung in die Praxis mit Betriebsurlaubsverfahren, Hilfeplänen, Elternarbeit, Kinderschutz und Beteiligung aufgegriffen und in die Erörterungen zum Gesetzesentwurf eingebracht.

Diese Ausgabe der *Evangelischen Jugendhilfe* stellt nicht nur diese Diskussionsstränge in den Mittelpunkt, sondern greift gezielt Schwerpunk-

te der aktuellen pädagogischen Arbeit auf. Hierzu gehört die Biografiearbeit, um den jungen Menschen das Ankommen in der stationären Kinder- und Jugendhilfe zu erleichtern. Hierfür müssen Zugänge geschaffen werden. Einer ist es, die Kohorten der jungen Menschen zu betrachten. Am Beispiel der Generation Z in der Jugendhilfe wird aufgezeigt, wie das Aufwachsen Haltungen und Einstellungen beeinflusst. Unterstützt wird dieses durch das Lebensbuch zur Aufzeichnung der Lebensgeschichte einer Person. Die Möglichkeit zur Resilienzstärkung findet sich hier wieder, da durch die unterschiedlichen Kapitel die individuellen Herkunftssituationen und Geschichten deutlich werden. Diese Individualität findet auch in der Arbeit mit den »jungen Wilden« Berücksichtigung. Damit sind Menschen mit einem sozial-emotionalen Handicap angesprochen, die oftmals Grenzen für die Inklusion darstellen.

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe kommt natürlich auch in dieser Ausgabe der *Evangelischen Jugendhilfe* nicht zu kurz. Der Blick wird auf die Situation der Beschäftigten gerichtet und die Auswirkungen auf das Leitungshandeln, die Gesundheit sowie auf Digitalisierungsprozesse.



Ihre  
Annette Bremeyer  
Björn Hagen

